

Rechtsanwalt Dr. Konstantin Thun, Freiburg

Rechtsanwälte im Einsatz für verfolgte Berufskollegen

Mord, Angriffe gegen die eigene Person und gegen Familienangehörige sowie die Verweigerung der Aufklärung solcher Verbrechen kennzeichnen weltweit den Berufsalltag von zahlreichen Kollegen und Kolleginnen, die sich für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen einsetzen. Der positiven Entwicklung einer verstärkten Strafverfolgung von Menschenrechtsverbrechen steht die erhöhte Gefährdung von Rechtsanwälten, Richtern und Staatsanwälten gegenüber, die die Verantwortung von Regierungen, Militär und Polizei für diese Verbrechen aufdecken.

Die Freiburger Kommission für Menschenrechte des Vereins der Richter und Staatsanwälte und des Anwaltvereins Freiburg hat beim Deutschen Anwaltstag in Hamburg zum zweiten Mal eine Veranstaltung mit einer verfolgte Berufskollegin durchgeführt:

Rechtsanwältin Estela Lopez aus Guatemala hat die gefährliche Anwaltstätigkeit in Strafverfahren gegen höchste Verantwortliche der früheren Regierungen geschildert. Nach einem Mordversuch gegen ihren Vater und Angriffen gegen sie selbst mußte sie das Land verlassen. Durch die Unterstützung von Kollegen in Spanien fand sie dort Aufnahme und die Möglichkeit einer Tätigkeit an der Universität.

Bereits am 09.12.1998 hat die Vollversammlung der Vereinten Nationen eine Erklärung verabschiedet, in welcher Regierungen, Nichtregierungsorganisationen, Institutionen und Einzelpersonen aufgerufen werden, konkrete Maßnahmen zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern zu ergreifen.

Menschenrechtsverteidiger sind oft Rechtsanwälte, die Opfer von Menschenrechtsverletzungen vertreten. Ihre Tätigkeit kann vor Ort politisch, diplomatisch und finanziell unterstützt werden, damit sie so lange wie möglich ihren Einsatz für Menschenrechte fortsetzen können. Für solche Kollegen, die an Leib und Leben bedroht sind, sollten jedoch Bedingungen in den Nachbarländern und auch bei uns geschaffen werden, unter denen sie zeitweilig Zuflucht finden und ihre menschenrechtlichen Aktivitäten fortsetzen können.

Die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung Claudia Roth, hat angekündigt, zur Umsetzung der Resolution der Vereinten Nationen Bund, Länder und Kommunen zur Unterstützung von Menschenrechtsverteidigern aufzurufen.

Die Podiumsteilnehmer der Hamburger Veranstaltung, der Präsident des Deutschen Anwaltvereins Hartmut Kilger, die ehemaligen Minister Sabine Leutheusser Schnarrenberger und Gerhart Baum sowie der Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte Heiner Bielefeldt haben ihre Unterstützung für dieses Projekt zugesagt.

Kollegen und Kolleginnen, die auf örtlicher Ebene Interesse an der Unterstützung des Projektes haben, können weitere Informationen beim Autor (Gartenstraße 30, 79098 Freiburg; RA.Dr.Thun@beckert-thun.de) erhalten.

Die Dokumentation der Menschenrechtsveranstaltung ist in die Homepage des Freiburger Anwaltvereins eingestellt (www.freiburger-anwaltverein.de).

Aktive Solidarität von Berufskollegen bedeutet eine wichtige persönliche Stärkung für deren Arbeit und in Extremfällen die Rettung des Lebens der Kollegen.